

Meinung

Gastkommentar

Der Familienknick: Eine Existenzfrage

Das gebetsmühlenartige Wiederholen von «Es braucht mehr Frauen in der Politik» reisst heutzutage niemanden mehr vom Hocker. Deshalb schreibe ich lieber über ein aktuelles politisches Thema: Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Anhand dieses Beispiels lässt sich gut aufzeigen, dass Frauen und Männer in ihrem täglichen Leben unterschiedliche Bedingungen vorfinden. Die konsequente Berücksichtigung der weiblichen Perspektive in der politischen Diskussion ist für «Vielfalt in der Politik» ein zentrales Anliegen.

Vier von fünf Parteien haben die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerb im Wahlprogramm für die Landtagswahlen 2021 zu einer Priorität erklärt. Es ist wichtig, darüber sind sich offenbar alle einig. Aber worum geht es eigentlich? Um mehr Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern? Um das Wohl von Kindern und deren Eltern? Oder ist es vor allem die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften, die vor Augen geführt hat, dass das Potenzial bei den Frauen nicht ausgeschöpft wird?

Vermutlich ist von allem ein wenig dabei, aber die gesamtwirtschaftliche Relevanz scheint mir in der Diskussion die grösste Beachtung zu finden. Auch die Stiftung Zukunft.li zieht in einer Publikation über die Erwerbstätigkeit von Frauen den Schluss, dass aus volkswirtschaftlicher Sicht das inländische Arbeitskräftepotenzial besser genutzt werden sollte. Ohne dieses Argument schmälern zu wollen, möchte ich hier auf die Wichtigkeit des Themas für die einzelnen Frauen und ihre individuelle Existenzsicherung hinweisen.

Eigene Kinder zu haben und diese beim Aufwachsen begleiten und unterstützen zu dürfen, ist etwas Wunderbares. Die Familiengründung wirkt sich jedoch für die meisten Frauen in Bezug

«Nicht einmal die Hälfte der Frauen verdient genug, um ihren Lebensunterhalt allein bestreiten zu können.»

Andrea Hoch,
Projektleiterin «Vielfalt in der Politik»

auf den Lohn und auf die finanzielle Eigenständigkeit negativ aus. Studien zeigen, wie sich der Lohn beider Geschlechter zunächst gleichmässig bis zum Alter von etwa 30 Jahren entwickelt. Mit der Geburt des ersten Kindes sackt er bei den Frauen drastisch ab. Dieser so genannte «Familienknick» entsteht, weil viele Mütter ihr Arbeitspensum reduzieren oder die Berufstätigkeit eine Zeit lang ganz auf Eis legen. Die Mehrheit der Väter arbeitet indessen im Vollzeitpensum weiter. Die entstehenden Einkommensunterschiede werden von den Frauen bis zur Pensionierung (und darüber hinaus) nicht mehr ausgeglichen.

Nicht einmal die Hälfte der Frauen in der deutschsprachigen Schweiz verdient genug, um ihren Lebensunterhalt allein bestreiten zu können. Das ergab eine aktuelle Befragung von 2021. Auch hier zeigt sich, dass die Mutterschaft der

entscheidende Faktor ist: Vier von fünf kinderlosen Frauen können ihren Lebensunterhalt mit dem eigenen Lohn finanzieren, die grosse Mehrheit der Mütter ist dazu nicht in der Lage.

Mächtige Rollenstereotype, traditionelle gesellschaftliche Erwartungen an die Aufgabenteilung in der Familie und der vorherrschende Wunsch von Eltern, ihre Kinder selbst zu betreuen, werden als Hauptursachen dafür genannt. Politik und Wirtschaft fördern aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen heraus die stärkere Erwerbstätigkeit von Frauen. Gleichzeitig bleibt die gesellschaftliche Erwartung hoch, dass ein traditionelles Familienmodell gelebt wird, bei dem die Kinder – vornehmlich durch die Mutter – selbst betreut werden. Wie soll dieser Spagat gelingen?

Bessere Rahmenbedingungen vonseiten des Staates und der Wirtschaft sind das eine. Eine Veränderung der gesellschaftlichen Erwartungen an die Familie und an die Eltern das andere. Die aktuelle Diskussion über die Ausgestaltung eines bezahlten Elternurlaubs zeigt eindrücklich, wie viel mehr Flexibilität und Kreativität sowohl bei der Erwerbsarbeit als auch bei der Aufteilung der Familienarbeit möglich wären. Es braucht die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Erwerb nicht nur aus volkswirtschaftlichen Gründen, sondern auch um zu verhindern, dass die Familiengründung Frauen systematisch in eine wirtschaftliche Abhängigkeit führt.



Andrea Hoch
Projektleiterin
«Vielfalt in der Politik»